

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar),  
Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, weiterer Abgeordneter und der  
Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/3950 –**

### **Bewertung des Hochschulpakts 2020 und Erkenntnisse für die Nachfolgevereinbarung**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Zum Ende des Jahres 2020 läuft mit dem Hochschulpakt 2020 das umfassendste gemeinsame Förderprogramm von Bund und Ländern für den Hochschulsektor aus. In den drei Programmphasen seit 2007 werden Bund und Länder bis zum Ende der Auslauffinanzierung im Jahr 2023 zusammen voraussichtlich 38,8 Mrd. Euro bereitgestellt haben. Der Bund trägt daran mit voraussichtlich 20,2 Mrd. Euro den größten Teil der Finanzierung. Dafür haben die Hochschulen in den ersten beiden Programmphasen bis 2015 rund 900 000 zusätzliche Erstsemester im Vergleich zum Referenzjahr 2005 aufgenommen. Eine Fokussierung auf das Kriterium „Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im 1. Hochschulsemester“ als alleiniges Kriterium für die Höhe der Mittelzuweisungen an die Hochschulen bewerten die Fragesteller dabei als Fehlanreiz.

Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) geht indes davon aus, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger bis zum Jahr 2050 deutlich über der des Referenzjahres 2005 liegen wird ([www.che.de/downloads/CHE\\_AP\\_203\\_Prognose\\_Studienanfaengerzahlen\\_bis\\_2050.pdf](http://www.che.de/downloads/CHE_AP_203_Prognose_Studienanfaengerzahlen_bis_2050.pdf)). Gleichzeitig stellen heterogene Studierendekohorten und die Ausgestaltung des digitalen Wandels Hochschulen vor zusätzliche Herausforderungen. Die nun verhandelte Nachfolgevereinbarung zwischen Bund und Ländern muss dieser Situation Rechnung tragen, ohne weitere Fehlanreize für die Hochschulen zu setzen.

Die Bundesregierung plant, die Bundesmittel für den Hochschulpakt auf Grundlage des neu geschaffenen Artikel 91b des Grundgesetzes (GG) dauerhaft zu verstetigen (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Zeilen 1338 - 1339).

1. Wie viele Studienanfängerinnen und Studienanfänger haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum von 2010 bis 2017 im Vergleich zu den Studienanfängerzahlen des Jahres 2005 ein Studium aufgenommen (bitte nach Bundesländern, Hochschultyp – Universitäten, Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften – HAW –, Duale Hochschulen, Sonstige – und Trägerschaft – öffentlich, privat, kirchlich – aufteilen)?

Anlage 1 enthält die Zahlen der Studienanfänger und Studienanfängerinnen differenziert nach den Hochschularten und Ländern für das Studienjahr 2005/2006 sowie für die Jahre 2010/2011 bis 2017/2018. Die Entwicklung der Studienanfängerinnen und -anfänger verläuft sowohl in den Hochschularten, den einzelnen Studienjahren als auch in den Ländern sehr unterschiedlich: Bei einem Vergleich der Studienjahre 2005/2006 und 2017/2018 ist festzustellen, dass es über alle Hochschularten betrachtet zu einem Aufwuchs von 157 000 Studienanfängerinnen und -anfänger kam. Bei einer differenzierten Betrachtung nach Hochschularten ist festzustellen, dass der Aufwuchs bei den Universitäten insgesamt rd. 55 300 betrug. Am stärksten ist die Entwicklung bei den Fachhochschulen. Hier kam es zu einem Aufwuchs von rd. 93 200 Personen.

Den Hochschultyp „Duale Hochschule“ gibt es in der amtlichen Studierendenstatistik nicht. Eine Zeitreihe der Studienanfängerinnen und -anfänger zusätzlich differenziert nach Trägerschaft wäre nur durch eine zeitaufwendige Sonderauswertung der amtlichen Statistik zu erhalten, die in der zur Beantwortung verfügbaren Zeit nicht möglich ist.

2. Um welche Anzahl von Studienanfängerinnen und Studienanfängern weichen die in Frage 1 erfragten Studienanfängerzahlen von den Studienanfängerzahlen der KMK-Vorausberechnung (KMK = Kultusministerkonferenz) von 2014 ab (bitte nach Bundesländern aufteilen und die entstandenen Ausgleichszahlungen darstellen)?

Die Zahl der für den Hochschulpakt 2020 relevanten, im Vergleich zum Ausgangsjahr 2005 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger betrug in den Jahren 2014 bis 2017 insgesamt 369 580. Die Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz (KMK) 2014 ging für den gleichen Zeitraum von 343 114 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger aus. Die Abweichung beträgt 26 466 zusätzliche Studienanfänger.

Die Aufteilung der zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger auf die Länder sowie die entstandenen länderinternen Ausgleichszahlungen sind aus der Anlage 2 ersichtlich.

## 3. Wie teilen sich

a) die Bundesmittel und

b) die Landesmittel des Hochschulpakts 2020

im Zeitraum von 2010 bis 2017 nach Bundesländern, Hochschultyp (Universität, Fachhochschule bzw. HAW, Duale Hochschule, Sonstige) und Trägerschaft (öffentlich, privat, kirchlich) auf?

Falls der Bundesregierung keine Kenntnis darüber vorliegt, warum nicht?

Die Aufteilung der Bundesmittel aus dem Hochschulpakt der Jahre 2010 bis 2017 (Ist) auf die Länder ergibt sich aus der Tabelle in Anlage 3a.

Für die Landesmittel liegen veröffentlichte Ist-Zahlen nur bis zum Berichtsjahr 2015 vor. Für die laut Soll finanzstarken Jahre 2016 und 2017 liegen noch keine Ist-Zahlen der Länder vor. Die von den Ländern in den Jahren 2010 bis 2015 bereitgestellten Mittel ergeben sich aus der Tabelle in Anlage 3b.

Zu einer Aufteilung nach Hochschultyp (Universität, Fachhochschule/HAW, Duale Hochschule, Sonstige) und Trägerschaft (öffentlich, privat, kirchlich) liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Laut § 6 der Verwaltungsvereinbarung über den Hochschulpakt 2020 (Hochschulpakt III) weist der Bund die von ihm zur Verfügung zu stellenden Mittel den einzelnen Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zu. Im Rahmen ihrer Zweckbindung liegt die Art und Weise der Weitergabe an die Hochschulen im Ermessen der Länder. Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel wird dem Bund von den Ländern jährlich im Rahmen der Berichterstattung belegt.

## 4. Welche Bundesländer haben auch für die an Hochschulen in privater oder kirchlicher Trägerschaft geschaffenen Studienkapazitäten Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 erhalten?

Wurden diese Mittel nach Kenntnis der Bundesregierung in äquivalenter Höhe den Hochschulen in privater oder kirchlicher Trägerschaft zur Verfügung gestellt?

Die einem Land zugewiesenen Bundesmittel ergeben sich aus der Zahl der von den dortigen Hochschulen aufgenommenen, im Vergleich zum Ausgangsjahr 2005 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger. Diese Zahl ergibt sich für die Vorauszahlungen aus der KMK-Vorausberechnung 2014, für die Abrechnung aus der amtlichen Statistik. Dabei werden alle Studienanfängerinnen und -anfänger, unabhängig von der Trägerschaft ihrer jeweiligen Hochschule, einbezogen. Der Bund weist die von ihm zur Verfügung zu stellenden Mittel den einzelnen Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zu. Die Verteilung der Mittel obliegt allein den Ländern. Belastbare Angaben zu einzelnen Hochschulen sind nicht möglich.

## 5. Wie stellt die Bundesregierung aktuell sicher, dass die Mittel des Hochschulpakts 2020 äquivalent zu den je nach Hochschultyp und Trägerschaft der Hochschule zusätzlich geschaffenen Studienplätzen durch die Länder den entsprechenden Hochschulen zufließen?

Wie will die Bundesregierung einen äquivalenten Mittelzufluss bei der Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt 2020 sicherstellen?

Nach § 6 der Verwaltungsvereinbarung über den Hochschulpakt 2020 (Hochschulpakt III) weist der Bund die von ihm zur Verfügung gestellten Mittel den einzelnen Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zu. Im Rahmen ihrer Zweckbindung liegt die Art und Weise der Weitergabe an die Hochschulen im Ermessen

der Länder. Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel wird dem Bund von den Ländern jährlich im Rahmen der Berichterstattung belegt.

Bund und Länder befinden sich derzeit in Verhandlungen zu einer Nachfolvereinbarung zum Hochschulpakt 2020. Ergebnisse der Verhandlungen liegen noch nicht vor.

6. Wie will die Bundesregierung dem Anspruch, bei anstehenden Bund-Länder-Verhandlungen zur Nachfolge des Hochschulpakts „die gesamte Hochschullandschaft im Blick [zu] behalten“ (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 29 und 30 auf Bundestagsdrucksache 19/2676) konkret gerecht werden?

Bund und Länder befinden sich derzeit in Verhandlungen zu einer Nachfolvereinbarung zum Hochschulpakt 2020. Ergebnisse der Verhandlungen liegen noch nicht vor.

7. Wie bewertet die Bundesregierung die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger als für den Hochschulpakt 2020 singular gewählt Parameter für die Mittelzuweisung?

Sieht die Bundesregierung darin Fehlanreize?

Wenn ja, welche?

Bund und Länder wollen mit dem Hochschulpakt 2020 Impulse für die Zukunftsfähigkeit des Landes geben und einer angesichts der steigenden Bildungsbeteiligung und der doppelten Abiturjahrgänge zunehmenden Zahl von Studienanfängerinnen und -anfängern ein qualitativ hochwertiges Hochschulstudium gewährleisten. Mit Hilfe der von Bund und Ländern bereitgestellten Hochschulpaktmittel in Milliardenhöhe schaffen die Länder die notwendigen Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen und ermöglichen ihnen, eine gegenüber dem Bezugsjahr 2005 weitaus höhere Zahl an Studienanfängerinnen und -anfängern aufzunehmen. Der Parameter zusätzlicher Studienanfängerinnen und -anfänger im Vergleich zum Ausgangsjahr 2005 ist dafür ein sehr gut geeigneter Indikator. Der besonderen Ausgangslage der Stadtstaaten, des Saarlandes und der ostdeutschen Flächenländer wird durch einen Solidarmechanismus Rechnung getragen.

8. Wie bewertet die Bundesregierung die Zahl der Absolventinnen und Absolventen als Parameter für die Mittelzuweisung für die geplante Nachfolvereinbarung des Hochschulpakts 2020?

Sieht die Bundesregierung darin Fehlanreize?

Wenn ja, welche?

9. Welche weiteren Änderungsbedürfnisse bezüglich der Indikatoren der Mittelzuweisung an die Länder sieht die Bundesregierung für die Nachfolvereinbarung des Hochschulpakts 2020, insbesondere mit Blick auf eine anzustrebende Verbesserung der Lehrqualität an den Hochschulen?

10. Für welche konkreten Aspekte, „die eine weitere Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre bedeuten“ (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 19/2676), setzt sich die Bundesregierung in den Verhandlungen mit den Ländern zur Nachfolvereinbarung des Hochschulpakts 2020 ein?

11. Für welche „qualitätsbezogenen Parameter mit einem direkten Bezug zu Studium und Lehre“ (siehe Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 17 bis 21 auf Bundestagsdrucksache 19/2676) setzt sich die Bundesregierung in den Verhandlungen mit den Ländern zur Nachfolgereinbarung des Hochschulpakts 2020 ein?

Die Fragen 8 bis 11 werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzungen des Wissenschaftsrats aus dessen Positionspapier „Hochschulbildung im Anschluss an den Hochschulpakt 2020“ und setzt sich in den Bund-Länder-Verhandlungen für die Verwendung einer Kombination aus kapazitäts- und qualitätsbezogenen Parametern mit einem direkten Bezug zu Studium und Lehre ein.

Eine Verstärkung der Bundesmittel aus dem Hochschulpakt im Rahmen einer Nachfolgereinbarung wird den Hochschulen die Einrichtung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse erleichtern, um dadurch mehr Kontinuität und mehr Qualität in der Lehre zu erreichen.

Auch andere Maßnahmen sind denkbar, die der Verbesserung der Studienbedingungen dienen. Bund und Länder befinden sich derzeit dazu in Verhandlungen. Ergebnisse der Verhandlungen liegen noch nicht vor.

12. Welche anderen Strategien zur Verbesserung von Qualität an Hochschulen als der bloße Plan, dauerhaft immer mehr Mittel bereitzustellen, sieht die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund der Forderung nach einer Dynamisierung der Mittel für die Hochschulen analog zur Finanzierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen?

Die Bundesregierung strebt an, die Bereitstellung von Bundesmitteln an die Länder im Kontext der Nachfolgereinbarung zum Hochschulpakt 2020 an nachvollziehbare Selbstverpflichtungen der Länder zu knüpfen. Darin sollen an Kennzahlen geknüpfte Ziele, Schwerpunkte, Maßnahmen und Instrumente festgelegt werden.

Die Verbesserung der Qualität der Lehre soll gemeinsam mit den Ländern auch in der Nachfolge des Qualitätspakts Lehre adressiert werden. Damit sollen Lehrmethoden und die Lehrkultur verbessert und regelmäßig modernisiert werden. In diesem Kontext sollen der Diskurs zwischen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern für den Austausch von Erfahrungen und Kenntnissen sowie innovative Projekte gefördert werden. Dadurch soll der Stellenwert guter Lehre hervorgehoben werden.

Bund und Länder befinden sich derzeit dazu in Verhandlungen. Ergebnisse der Verhandlungen liegen noch nicht vor.

13. Wie wird die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zur Nachfolgereinbarung des Hochschulpakts 2020
  - a) der steigenden Nachfrage nach Studienangeboten zum lebenslangen Lernen Rechnung tragen,
  - b) der Förderung innovativer Lehrkonzepte (wie beispielsweise Blended Learning, MOOCs) Rechnung tragen?

Aus Sicht der Bundesregierung sollte mit der Nachfolgereinbarung die Qualitätsverbesserung in allen Arten des Studiums, darunter auch wissenschaftliche Weiterbildung, adressiert werden. Maßnahmen sollten auch die qualitative Weiterentwicklung von Curricula oder die Übertragung erfolgreicher Projekte zur

Verbesserung der Studien- und Lehrqualität oder innovative Methoden der Studienorganisation in die Fläche umfassen können. Bund und Länder befinden sich derzeit dazu in Verhandlungen. Ergebnisse der Verhandlungen liegen noch nicht vor.

14. Soll die von der Bundesregierung geplante Verstetigung der Mittel nominal oder real – also unter Berücksichtigung steigender Personal- und Materialkosten – erfolgen?

Bereits die Verstetigung der Mittel auf bestehendem Niveau wird zu einem erheblichen Qualitätsgewinn in Studium und Lehre führen, da mehr unbefristetes Lehrpersonal mehr Kontinuität in der Lehre bedeutet. Für den Ausgleich von Preissteigerungen im Hochschulbereich sind die Länder im Rahmen der Grundfinanzierung ihrer Hochschulen verantwortlich.

15. Wie steht die Bundesregierung dazu, dass mit einer verbindlichen Verstetigung von Mitteln eben diese Mittel dauerhaft gebunden werden und damit der Gestaltungsspielraum des künftigen Haushaltsgesetzgebers erheblich eingeengt wird?

Wie möchte die Bundesregierung haushälterische Gestaltungsspielräume erhalten?

Der Verfassungsgesetzgeber hat mit Artikel 91b GG den Willen bekundet, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe in Fällen überregionaler Bedeutung dauerhafte Kooperationen gerade auch im Hochschulbereich zu ermöglichen. Die Mittelbereitstellung erfolgt durch die gesetzgebenden Körperschaften.

16. Wie will die Bundesregierung angesichts eines wachsenden Anteils gebundener Haushaltsmittel der Dynamisierung der Mittelzuweisung an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und mittelfristig stagnierender Haushaltsansätze für den Einzelplan 30 einen Handlungsspielraum für finanzielle Investitionen in andere Bildungsbereiche, wie beispielsweise die berufliche Bildung, gewährleisten?

Es trifft nicht zu, dass ein wachsender Anteil an Haushaltsmitteln gebunden ist. In Umsetzung des Koalitionsvertrags hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode beispielsweise bereits 350 Mio. Euro für die Stärkung der beruflichen Bildung vorgesehen.

17. Auf welcher Grundlage geht die Bundesregierung davon aus, dass die Verstetigung von Mitteln sowohl für die Hochschulen als auch für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen dauerhaft leistbar ist?

Mit ihrer Finanzplanung steckt die Bundesregierung den Rahmen für Ausgaben im laufenden und kommenden Jahr sowie für die drei darauffolgenden Jahre ab. Die genannten Schwerpunkte sind in der aktuellen Finanzplanung enthalten, die in allen Jahren ohne Neuverschuldung auskommt.

18. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass stetig fließende Mittel auch effizient verwendet werden?

Hält die Bundesregierung neue Steuerungsmechanismen und Erfolgskennziffern für nötig?

Welche Sanktionen behält sie sich vor, sollte Effizienz nicht der Fall sein?

Die Bundesregierung strebt an, die Bereitstellung von Bundesmitteln an die Länder an nachvollziehbare Selbstverpflichtungen der Länder zu knüpfen. Darin sollen an Kennzahlen geknüpfte Ziele, Schwerpunkte, Maßnahmen und Instrumente, festgelegt werden. Bund und Länder befinden sich derzeit dazu in Verhandlungen. Ergebnisse der Verhandlungen liegen noch nicht vor.

19. Wie steht die Bundesregierung zu dem Ansatz, dass eine Mittelvergabe mit einem fixen und einem variablen Teil eine höhere Effizienz im Gebrauch der Mittel nach sich ziehen kann?
20. Auf welche Festlegungen konnten sich Bund und Länder im Rahmen der Verhandlungen zur Nachfolgevereinbarung des Hochschulpakts 2020 bereits einigen, insbesondere mit Blick auf
- a) eine vom Wissenschaftsrat geforderte Dynamisierung der Mittel des Hochschulpakts,
  - b) die der Mittelzuweisung zugrunde liegenden Parameter und
  - c) eine Verbesserung des Monitorings der Verausgabung der Ländermittel?
21. Bei welchen Verhandlungsgegenständen besteht im Rahmen der Verhandlungen zur Nachfolgevereinbarung des Hochschulpakts 2020 zwischen Bund und Ländern Dissens?

Die Fragen 19 bis 21 werden im Zusammenhang beantwortet.

Bund und Länder befinden sich derzeit in Verhandlungen zu einer Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt 2020. Ergebnisse der Verhandlungen liegen noch nicht vor.

22. Wie stellt die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zur Nachfolgevereinbarung des Hochschulpakts 2020 sicher, dass die zusätzlichen Bundesmittel vollständig zur Verbesserung der Studienbedingungen führen und sich die Länder in diesem Zuge nicht weiter aus ihrer Verantwortung zur Grundfinanzierung der Hochschulen zurückziehen?

Wie bewertet die Bundesregierung diesbezüglich die bisherigen Erfahrungen des Hochschulpakts 2020?

Die Bundesregierung setzt sich in den derzeit laufenden Verhandlungen mit den Ländern über eine Nachfolgevereinbarung für eine nachweisbare und transparentere Darstellung der länderseitigen Gegenfinanzierung ein, welche dauerhaft und zusätzlich zur Grundfinanzierung der Hochschulen durch ihre Träger erfolgen muss.

Die Verantwortung für die Grundfinanzierung liegt bei den Ländern, das finanzielle Engagement des Bundes kann diese nur ergänzen und nicht ersetzen. Die Länder haben mit der 2017 beschlossenen Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 hierfür eine aufgabenadäquate Finanzausstattung erhalten.

Die im laufenden Hochschulpakt vorgeschriebene Pflicht zur Gegenfinanzierung der erhaltenen Bundesmittel durch Landesmittel hat sich bewährt.





**nach Hochschularten  
und Ländern**

| Hochschulart | Studienjahr 1) |           |           |           |           |           |           |           |           |
|--------------|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
|              | 2005/2006      | 2010/2011 | 2011/2012 | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 | 2015/2016 | 2016/2017 | 2017/2018 |
| Land         | insges.        | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   |

**Studienanfänger  
insgesamt**

|  |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| <b>Kunsthochschulen</b>  | 4 339   | 5 805   | 5 948   | 6 184   | 6 043   | 5 909   | 5 732   | 5 686   | 5 596   |
| Baden-Württemberg  | 734     | 757     | 889     | 872     | 921     | 842     | 776     | 664     | 769     |
| Bayern   | 430     | 563     | 621     | 512     | 617     | 492     | 508     | 486     | 510     |
| Berlin   | 585     | 1 104   | 1 075   | 1 078   | 1 066   | 1 117   | 1 037   | 1 016   | 931     |
| Brandenburg  | 79      | 61      | 51      | 61      | 59      | -       | -       | -       | -       |
| Bremen   | 106     | 117     | 135     | 141     | 123     | 134     | 127     | 149     | 133     |
| Hamburg  | 213     | 308     | 264     | 331     | 274     | 263     | 288     | 274     | 269     |
| Hessen   | 162     | 220     | 235     | 231     | 269     | 246     | 267     | 286     | 300     |
| Mecklenburg-<br>Vorpommern   | 66      | 106     | 101     | 125     | 87      | 122     | 105     | 109     | 88      |
| Niedersachsen  | 320     | 401     | 394     | 391     | 404     | 338     | 377     | 394     | 366     |
| Nordrhein-Westfalen  | 758     | 1 111   | 1 174   | 1 207   | 1 114   | 1 268   | 1 233   | 1 285   | 1 163   |
| Saarland   | 100     | 98      | 137     | 136     | 117     | 119     | 104     | 103     | 128     |
| Sachsen  | 391     | 422     | 435     | 554     | 519     | 512     | 462     | 498     | 478     |
| Sachsen-Anhalt   | 147     | 199     | 132     | 194     | 124     | 129     | 142     | 126     | 145     |
| Schleswig-Holstein   | 133     | 182     | 173     | 188     | 204     | 164     | 158     | 164     | 163     |
| Thüringen  | 115     | 156     | 132     | 163     | 145     | 163     | 148     | 132     | 153     |
| <b>Fachhochschulen<br/>(ohne Verwaltungs-<br/>fachhochschulen)</b> | 109 616 | 162 187 | 188 814 | 190 209 | 196 150 | 199 973 | 198 000 | 200 676 | 202 850 |
| Baden-Württemberg  | 15 290  | 29 677  | 34 991  | 36 591  | 35 792  | 35 004  | 35 292  | 35 383  | 35 261  |
| Bayern   | 14 894  | 22 554  | 28 533  | 27 315  | 26 804  | 27 180  | 27 597  | 27 114  | 28 648  |
| Berlin   | 5 598   | 9 967   | 10 298  | 10 980  | 11 222  | 11 364  | 11 487  | 12 302  | 13 169  |
| Brandenburg  | 2 676   | 3 243   | 3 230   | 3 008   | 2 244   | 2 129   | 2 205   | 2 254   | 2 271   |
| Bremen   | 2 226   | 2 914   | 3 071   | 3 219   | 3 339   | 3 300   | 3 510   | 3 102   | 2 994   |
| Hamburg  | 4 586   | 6 423   | 7 740   | 7 353   | 7 263   | 7 299   | 7 070   | 7 092   | 8 354   |
| Hessen   | 9 670   | 12 171  | 13 382  | 14 057  | 15 663  | 15 865  | 15 521  | 16 224  | 17 835  |
| Mecklenburg-<br>Vorpommern   | 1 872   | 2 424   | 2 623   | 2 536   | 2 636   | 2 359   | 2 503   | 2 362   | 2 766   |
| Niedersachsen  | 7 697   | 11 687  | 13 466  | 12 785  | 12 818  | 13 357  | 13 334  | 12 605  | 12 945  |
| Nordrhein-Westfalen  | 23 127  | 33 179  | 42 157  | 43 918  | 49 620  | 52 997  | 50 483  | 52 040  | 49 275  |
| Rheinland-Pfalz  | 6 068   | 7 664   | 8 774   | 8 618   | 9 015   | 8 848   | 8 582   | 8 642   | 8 920   |
| Saarland   | 902     | 2 143   | 2 202   | 2 224   | 2 216   | 2 398   | 2 685   | 2 677   | 2 657   |
| Sachsen  | 5 631   | 6 575   | 6 356   | 6 243   | 6 380   | 6 523   | 6 671   | 6 677   | 6 473   |
| Sachsen-Anhalt   | 3 496   | 3 872   | 4 018   | 3 810   | 3 676   | 3 793   | 3 725   | 3 552   | 3 536   |
| Schleswig-Holstein   | 3 138   | 3 979   | 4 313   | 4 107   | 4 169   | 4 243   | 4 159   | 4 368   | 4 367   |
| Thüringen  | 2 745   | 3 715   | 3 660   | 3 445   | 3 293   | 3 314   | 3 176   | 4 282   | 3 379   |

nach Hochschularten  
und Ländern

| Hochschulart                      | Studienjahr 1) |           |           |           |           |           |           |           |           |
|-----------------------------------|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
|                                   | 2005/2006      | 2010/2011 | 2011/2012 | 2012/2013 | 2013/2014 | 2014/2015 | 2015/2016 | 2016/2017 | 2017/2018 |
| Land                              | insges.        | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   | insges.   |
| <b>Studienanfänger insgesamt</b>  |                |           |           |           |           |           |           |           |           |
| <b>Verwaltungsfachhochschulen</b> | 8 198          | 9 902     | 10 358    | 9 896     | 10 092    | 10 580    | 11 803    | 12 500    | 15 141    |
| dar.: Hochschule des Bundes       | 686            | 825       | 867       | 763       | 790       | 862       | 931       | 1 072     | 1 257     |
| Baden-Württemberg                 | 1 471          | 1 483     | 1 384     | 1 505     | 1 497     | 1 762     | 1 771     | 1 829     | 1 978     |
| Bayern                            | 640            | 1 118     | 1 156     | 1 264     | 1 103     | 1 171     | 1 373     | 1 482     | 1 510     |
| Berlin                            | 450            | 164       | 150       | 175       | 191       | 171       | 182       | 188       | 172       |
| Brandenburg                       | 103            | 178       | 240       | 271       | 247       | 267       | 312       | 346       | 412       |
| Bremen                            | 47             | 134       | 143       | 64        | 89        | 108       | 134       | 153       | 158       |
| Hamburg                           | 140            | 187       | 151       | 173       | 191       | 205       | 206       | 203       | 362       |
| Hessen                            | 690            | 1 190     | 1 153     | 896       | 1 037     | 934       | 1 141     | 1 274     | 1 919     |
| Mecklenburg-Vorpommern            | 115            | 202       | 136       | 76        | 123       | 148       | 125       | 179       | 206       |
| Niedersachsen                     | 918            | 321       | 427       | 346       | 356       | 402       | 416       | 479       | 486       |
| Nordrhein-Westfalen               | 2 254          | 3 246     | 3 794     | 3 616     | 3 661     | 3 797     | 4 409     | 4 226     | 5 621     |
| Rheinland-Pfalz                   | 513            | 713       | 780       | 699       | 770       | 802       | 884       | 959       | 1 049     |
| Saarland                          | 91             | 161       | 153       | 141       | 138       | 114       | 124       | 154       | 103       |
| Sachsen                           | 264            | 250       | 247       | 236       | 239       | 227       | 271       | 290       | 402       |
| Sachsen-Anhalt                    | 69             | 118       | 116       | 93        | 94        | 91        | 92        | 169       | 255       |
| Schleswig-Holstein                | 291            | 281       | 216       | 234       | 253       | 286       | 275       | 450       | 401       |
| Thüringen                         | 142            | 156       | 112       | 107       | 103       | 95        | 88        | 119       | 107       |
| <b>Hochschulen insgesamt</b>      | 356 076        | 444 719   | 518 748   | 495 088   | 508 621   | 504 882   | 506 580   | 509 760   | 513 135   |
| Baden-Württemberg                 | 49 578         | 67 638    | 78 026    | 79 910    | 78 024    | 75 136    | 76 342    | 76 916    | 74 858    |
| Bayern                            | 50 518         | 64 749    | 85 867    | 71 317    | 73 655    | 72 320    | 74 223    | 73 437    | 77 032    |
| Berlin                            | 20 704         | 28 850    | 31 234    | 31 745    | 31 877    | 32 670    | 34 189    | 35 367    | 36 714    |
| Brandenburg                       | 7 552          | 9 499     | 9 530     | 9 715     | 8 280     | 8 224     | 8 184     | 8 112     | 8 576     |
| Bremen                            | 5 256          | 6 478     | 6 937     | 7 376     | 6 612     | 6 888     | 7 263     | 6 992     | 6 857     |
| Hamburg                           | 11 864         | 15 841    | 17 544    | 16 709    | 16 459    | 16 455    | 16 550    | 16 951    | 18 165    |
| Hessen                            | 30 059         | 36 713    | 40 560    | 39 044    | 43 109    | 42 208    | 41 029    | 42 203    | 44 919    |
| Mecklenburg-Vorpommern            | 6 284          | 7 031     | 7 482     | 6 571     | 6 580     | 6 264     | 6 605     | 6 880     | 6 993     |
| Niedersachsen                     | 25 930         | 31 094    | 37 404    | 35 304    | 36 331    | 37 938    | 38 872    | 37 330    | 37 277    |
| Nordrhein-Westfalen               | 80 903         | 97 666    | 120 305   | 117 877   | 128 483   | 127 605   | 124 623   | 124 915   | 121 570   |
| Rheinland-Pfalz                   | 17 535         | 22 161    | 24 180    | 22 936    | 23 387    | 22 906    | 22 414    | 23 035    | 22 727    |
| Saarland                          | 3 740          | 5 751     | 5 734     | 5 611     | 5 453     | 5 678     | 5 755     | 5 867     | 5 870     |
| Sachsen                           | 19 940         | 20 269    | 21 478    | 20 792    | 20 605    | 21 395    | 21 104    | 20 036    | 20 273    |
| Sachsen-Anhalt                    | 8 765          | 10 085    | 10 896    | 10 118    | 9 874     | 9 336     | 9 759     | 9 699     | 9 711     |
| Schleswig-Holstein                | 8 123          | 9 687     | 10 463    | 9 755     | 10 024    | 10 232    | 10 015    | 11 109    | 11 648    |
| Thüringen                         | 9 325          | 11 207    | 11 108    | 10 308    | 9 868     | 9 627     | 9 653     | 10 911    | 9945      |

1) Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester (z.B. 2002/2003 = SS 2002 + WS 2002/2003).

Quelle: Statistische Bundesamt Fachserie 11 Reihe 4.1

## Anlage 2 zu Frage 2

| Land | Zusätzliche Studienanfänger 2014 bis 2017 (laut KMK-Vorausberechnung 2014) | Tatsächliche zusätzliche Studienanfänger 2014 bis 2017 (2017 vorläufig) | Differenz | Ausgleich in € |
|------|--|---|-----------|----------------|
| BW   | 46.241   | 46.590  | 349       | 1.746.367      |
| BY   | 42.936   | 53.466  | 10.530    | 52.794.942     |
| BE   | 26.489   | 40.830  | 14.341    | 71.909.943     |
| BB   | 5.118  | 1.014   | -4.104    | -48.755.725    |
| HB   | 3.392  | 3.189   | -203      | -2.411.650     |
| HH   | 14.320   | 12.331  | -1.989    | -23.629.419    |
| HE   | 27.614   | 30.191  | 2.577     | 12.925.494     |
| MV   | 2.572  | 1.798   | -774      | -9.195.159     |
| NI   | 19.383   | 30.197  | 10.814    | 54.220.548     |
| NW   | 112.702  | 118.598   | 5.896     | 29.557.564     |
| RP   | 16.137   | 7.640   | -8.497    | -100.944.785   |
| SL   | 3.672  | 3.711   | 39        | 190.081        |
| SN   | 7.227  | 8.472   | 1.245     | 6.237.026      |
| ST   | 3.877  | 2.959   | -918      | -10.905.886    |
| SH   | 8.624  | 7.728   | -896      | -10.644.525    |
| TH   | 2.810  | 866   | -1.944    | -23.094.817    |

## Anlage 3a zu Frage 3

| Land | Bundesmittel 2010 bis 2017 |
|------|----------------------------|
|      | T€                         |
| BW   | 1.527.961                  |
| BY   | 1.783.395                  |
| BE   | 1.057.412                  |
| BB   | 258.834                    |
| HB   | 189.902                    |
| HH   | 513.908                    |
| HE   | 852.513                    |
| MV   | 175.017                    |
| NI   | 765.003                    |
| NW   | 2.906.231                  |
| RP   | 521.332                    |
| SL   | 130.084                    |
| SN   | 542.283                    |
| ST   | 320.275                    |
| SH   | 182.058                    |
| TH   | 307.527                    |
| D    | 12.033.733                 |

## Anlage 3b zu Frage 3

| <b>Land</b> | <b>Landesmittel 2010 bis 2015</b> |
|-------------|-----------------------------------|
|             | <b>T€</b>                         |
| <b>BW</b>   | 1.037.090                         |
| <b>BY</b>   | 1.172.589                         |
| <b>BE</b>   | 387.438                           |
| <b>BB</b>   | 73.916                            |
| <b>HB</b>   | 76.440                            |
| <b>HH</b>   | 221.834                           |
| <b>HE</b>   | 476.780                           |
| <b>MV</b>   | 47.267                            |
| <b>NI</b>   | 461.958                           |
| <b>NW</b>   | 1.593.526                         |
| <b>RP</b>   | 324.309                           |
| <b>SL</b>   | 87.284                            |
| <b>SN</b>   | 167.917                           |
| <b>ST</b>   | 101.150                           |
| <b>SH</b>   | 119.479                           |
| <b>TH</b>   | 98.615                            |
| <b>D</b>    | 6.447.593                         |





